

„Ich stelle mich zur Wiederwahl“

?? NACHGEFRAGT

Der Ahldener Samtgemeindebürgermeister Carsten Niemann strebt eine zweite Amtszeit an. Das kündigt er im Interview mit WZ-Redakteur Dirk Meyland an.

WZ: Wie haben Sie in der Verwaltung 2020 auf die Corona-Pandemie reagiert?

Carsten Niemann: Wir waren zu jeder Zeit vollumfänglich einsatzbereit, sodass der Leistungsumfang für unsere Bürger in allen Bereichen ohne Einschränkung gewährleistet war. Die Kontaktaufnahme erfolgte vornehmlich über Terminabstimmungen. Auch spontane Anliegen wurden bedient. Für Mitarbeiter gab es unter anderem schon frühzeitig Möglichkeiten für Homeoffice-Lösungen und Videokonferenzen, und unsere Grundschulen wurden mit von uns fertig konfigurierten Leih-Tablets ausgestattet.

Halten Sie es für das richtige Signal, im aktuellen Lockdown reguläre Ratssitzungen, in denen die Haushalte für 2021 verabschiedet werden, in den Mitgliedsgemeinden abzuhalten?

Eine Aufgabe der Samtgemeinde ist es, die Haushalte für ihre Mitgliedsgemeinden als wichtigstes kommunales Planungsinstrument im Entwurf aufzustellen, was nach Wünschen der örtlichen Politik für das Haushaltsjahr 2021 pünktlich zum Jahresbeginn erfolgt ist. Bis auf eine Mitgliedsgemeinde (Flecken Ahlden, d. Red.) haben sich in der Samtgemeinde Ahlden alle dafür entschieden, die Haushaltsberatungen jetzt durchzuführen. Mit entsprechenden Hygienemaßnahmen sind Sitzungen kommunaler Gremien insbesondere bei Beratungserfordernissen nach wie vor vertretbar.

Die vergangenen Jahre hatten Sie stets unter ein Motto gestellt. Wie lautet es 2021?

Für 2021 gibt es kein einzelnes Motto. Der Feuerwehrbedarfsplan ist beschlossen und wird abgearbeitet, der Bauantrag für die Stützpunktwehr Hodenhagen steht zur Genehmigungsprüfung durch den Kreis an; mit dem Bau wird dieses Jahr begonnen. Das Fachgutachten für das Projekt Schulstandort steht vor der Ausschreibung, noch 2021 erwarten wir dadurch wesentliche Grundlagen, um



„Es steht für mich außer Frage, dass ich mein Amt als hauptamtlicher Bürgermeister in der und für die Samtgemeinde Ahlden erneut parteineutral als Einzelbewerber mit viel Herzblut weiter ausüben möchte.“

Carsten Niemann

Foto: Samtgemeinde Ahlden

organisatorisch und bautechnisch wichtige Entscheidungen treffen zu können. Wir werden uns noch digitaler aufstellen, sowohl im Bildungsbereich, hierfür werden wir vor allem technische Grundlagen schaffen.

Die Samtgemeinde steuert finanziell schweren Zeiten entgegen, Großprojekte wie das Hodenhagener Feuerwehrhaus und Grundschulsanierung oder -neubau können nur mithilfe von Krediten umgesetzt werden. In dem Zusammenhang gab es massive Kritik vonseiten der FUWG, weil Sie es 2020 versäumt hätten, gemeinsam mit Vertretern aller Mitgliedsgemeinden einen Kurs für die Zukunft zu finden. Was sagen Sie dazu?

Die Kritik ist nur oberflächlich betrachtet zu verstehen und korrespondiert völlig nachvollziehbar mit der Tatsache, dass zukünftig die kommunalen Einnahmen unserer Mitgliedsgemeinden verstärkt zur Finanzierung der Pflichtaufgaben auf Samtgemeindeebene in unserer Eigenschaft als Schulträger und für den Bereich Feuerchutz erforderlich werden. Da Samtgemeinden über keinerlei eigene Einnahmen verfügen, wird deren finanzielle Ausstattung durch Umlagezahlungen gewährleistet, was zwangsläufig Auswirkungen auf die finanziellen Ressourcen unserer Mitgliedsgemeinden hat. Wir haben hier

eine gemeinsame Verantwortung und stehen hierüber seit Jahren in einem konstruktiven Dialog.

Hätte es dennoch schon früher Gespräche zur Finanzierung des Schulbaus geben müssen?

Zum Schulstandort werden erst auf Basis des interdisziplinären Gutachtens kommunale Entscheidungen möglich, ein Finanzierungskonzept abzustimmen und somit auch der voraussichtliche Kostenrahmen konkret für jede Mitgliedsgemeinde zu beziffern sein. Die Abstimmungsrunde ist insofern weder verspätet noch aufgehoben, sondern rein sachlich bis zum Vorliegen jenes Gutachtens verschoben.

Von der Samtgemeinde zu den Mitgliedsgemeinden: Was sehen Sie dort als besonders wichtige Vorhaben für 2021 an?

Vor allem die Schaffung oder Erarbeitung der Grundlagen für Angebots- und Betreuungsbereich, neben der für alle Mitgliedsgemeinden wichtigen Klärung zum Thema Schulstandort. In Hodenhagen soll die Kita „Potsdamer Weg“ umfassend erweitert werden. Mit einer Fertigstellung rechnen wir dieses Jahr. Nach wie vor ist die Samtgemeinde Ahlden als Wohnstandort sehr gefragt. In allen Mitgliedsgemein-

den ist eine Ausweisung und Vermarktung von Wohngebietsflächen vorgesehen beziehungsweise in der Umsetzung. Ein weiteres Thema ist die Schaffung und Vermarktung von Gewerbeflächen sowie Bestandspflege unserer örtlichen Betriebe. In der Samtgemeinde ist gerade unsere Glasfaserinitiative gestartet, bis 2022/23 werden wir für unsere Bürger durch das Ausbauangebot der htp-GmbH eine hochperformante Breitbandanbindung mit direkten FTTH-Glasfaseranschlüssen in allen Orten der Samtgemeinde schaffen können.

Sie haben mehrfach darauf hingewiesen, dass die personelle Ausstattung der Verwaltung „sehr sportlich“ sei. Reicht der Personalstamm aus?

Der Personalstamm der Kernverwaltung im Rathaus umfasst einschließlich meiner Person 17,5 Vollzeitäquivalente, die sich auf 21 Personen verteilen. Im interkommunalen Vergleich ist diese Personalstärke vor dem Hintergrund der vielfältigen kommunalen Aufgaben eher unter dem Durchschnitt. Die Kompensation urlaubsbedingter Abwesenheit und krankheitsbedingter Ausfälle ist vor allem für das Tagesgeschäft eine Herausforderung. Für die Politik bedeutet das, dass Projekte in Abhängigkeit bestehender Ressourcen nicht immer so zügig umge-

setzt werden können wie gewünscht, nicht alles „Prio eins“ sein kann und auch mitunter personell und technisch nachjustiert werden muss.

In Bezug auf Transparenz hinken Samtgemeinde und Mitgliedsgemeinden anderen Kommunen in der Nachbarschaft hinterher. So gibt es nach wie vor kein Ratsinformationssystem. Ist geplant, am Status quo etwas zu verändern?

Im EDV-Bereich haben wir zunächst einen Schwerpunkt auf Optimierung unserer Server- und Netzwerktechnik gelegt, die Ausfallsicherheit verbessert, die Alarmsoftware erweitert, um neben unserer Kernverwaltung auch unsere Liegenschaften, Außenstellen und Mitgliedsgemeinden zentral vor Hackerübergriffen schützen zu können. Neben dem Aufbau einer virtuellen Telefonanlage sowie einer sicheren VPN-Anbindung von Homeoffice-Plätzen wurde ein datenschutzkonformes Videokonferenzsystem aufgebaut, über das perspektivisch eine Live-Übertragung, beispielsweise von Ratssitzungen, über das Internet möglich sein wird.

Was ist mit einem Ratsinformationssystem?

Das Ratsinformationssystem als Kommunikationsmodul zwischen Verwaltung und Ratsmitgliedern von Samtgemeinde und unseren Mitgliedsgemeinden wird sinn-

vollerweise mit dem Beginn der neuen Ratsperiode verknüpft werden. Perspektivisch sind die Überarbeitung unserer Homepage und der Aufbau eines digitalen Onlineangebots für unsere Bevölkerung vorgesehen. Um ein wirkliches „Open Rathaus“ oder Rathaus 2.0 zu ermöglichen, reicht das Einstellen von Informationen und Blanko-Online-Formularen insbesondere für ein digitales Bürgerbüro nicht aus, hier sind generell noch diverse datenschutzrechtliche Belange und vor allem Fragen zur individuellen Authentifizierung für rechtswirksame Transaktionen zu klären.

Die Samtgemeinde Ahlden nimmt bereits das Verwaltungsgeschäft für die Gemeinden Hodenhagen und Grethem wahr. Gibt es Überlegungen in weiteren Mitgliedsgemeinden, jene zeitintensiven Aufgaben ebenfalls zu übertragen?

Da müssen Sie unsere anderen drei Mitgliedsgemeinden fragen, entsprechende Erkenntnisse haben wir derzeit nicht. Sollte der Wunsch bestehen, dass wir neben unserer ohnehin weitreichenden Unterstützungsfunktion auch offiziell Verwaltungsarbeiten ganz oder in Teilen für weitere Mitgliedsgemeinden übernehmen sollen, so stehen wir selbstverständlich bereit; die Rahmenbedingungen wurden bei der Vorbereitung zur Übernahme der Verwaltungsgeschäfte für Hodenhagen und Grethem für alle Mitgliedsgemeinden bereits erarbeitet und kommuniziert.

Im Herbst finden im Heidekreis Kommunalwahlen statt, zudem in der Samtgemeinde Ahlden auch Bürgermeisterwahlen. Werden Sie sich zur Wiederwahl stellen?

Ja, auf jeden Fall! Die erste Amtszeit ist unglaublich schnell vergangen – wir als Verwaltung haben dabei vieles auf den Weg gebracht, stehen vor großen Herausforderungen, entscheidende Projekte sind in Vorbereitung, und gerade das positive Feedback aus unserer Bevölkerung motiviert mich sehr. Es steht für mich daher außer Frage, dass ich mein Amt als hauptamtlicher Bürgermeister in und für die Samtgemeinde Ahlden erneut parteineutral als Einzelbewerber und vor allem mit viel Herzblut weiter ausüben möchte. CDU-Gemeindeverband und SPD-Vorstand haben mir bereits ein klares Signal für eine erneute Unterstützung gegeben, die ich vor dem Hintergrund unserer bisherigen gemeinsamen sehr konstruktiven Arbeit auf Ratsebene und mit unseren Mitgliedsgemeinden im Interesse einer gemeinsamen Entwicklung sehr zu schätzen weiß.

Weniger Minijobs, vor allem im Gastgewerbe

Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten beleuchtet Corona-Auswirkungen auf den Landkreis Heidekreis

WALSRODE. Im Zuge der Coronakrise ist die Zahl der Minijobs im Heidekreis um acht Prozent gesunken. Mitte 2020 gab es rund 13.400 geringfügig entlohnte Arbeitsverhältnisse – ein Jahr zuvor 14.600. Besonders stark war der Rückgang im Gastgewerbe. In der Branche gingen binnen

eines Jahres 535 Minijobs verloren – ein Minus von 23 Prozent. Das teilt die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) mit und beruft sich dabei auf neueste Zahlen der Bundesagentur für Arbeit. „450-Euro-Kräfte zählen zu den Hauptverlierern der Wirt-

schaftskrise. Sie haben keinen Anspruch auf Kurzarbeitergeld und sind sozial kaum abgesichert“, sagt Steffen Lübbert, Geschäftsführer NGG-Region Lüneburg.

Die Statistik spiegelt eine „enorme Unwucht“ auf dem Arbeitsmarkt wider. Während dank staatlicher Hilfen wie

der Kurzarbeit die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen in der Region nahezu konstant geblieben sei, treffe die Pandemie prekär Beschäftigte hart. Betroffen seien gerade Frauen, die eine 450-Euro-Stelle als Kellnerin oder Küchenhilfe oft als einzige Einnahmequelle hätten,

aber auch Studierende. Der Gewerkschafter kritisiert die Entlassungen und fordert andere Lösungen von den Unternehmern. Arbeitnehmer könnten wirksam geschützt werden, wenn alle Beschäftigungsformen am Sozialversicherungssystem beteiligt würden. Eine Heraufsetzung

der Verdienstgrenze bei Minijobs auf monatlich 600 Euro, wie sie derzeit Teile der Union fordern, würde prekäre Beschäftigungsformen weiter ausbauen, statt sie einzugrenzen. So könnten bundesweit rund 470.000 Menschen mit regulären Stellen ungewollt zu Minijobbern werden.